

Flörsheimer Zeitung

(Zugleich Anzeiger für den Maingau.)

Anzeigen

toßen die kleinspaltige Petition oder deren Raum 15 Pfg. Kleinen 30 Pfg. — Abonnementspreis monatlich 25 Pfg., mit Bringerlohn 30 Pfg. Durch die Post bezogen vierteljährlich 1.30 Mk. incl. Postgeb.

Mit einer belletristischen Beilage.



Samstags das Witzblatt Sellenblasen.

Erscheint:

Dienstag, Donnerstag und Samstag. Druck und Verlag von Heinrich Dreisbach, Flörsheim, Rathhäuserstr. Für die Redaktion ist verantwortlich: Peter Dreisbach, Flörsheim a. M., Rathhäuserstr.

Nr. 10.

Dienstag, den 25. Januar 1910.

14. Jahrgang.

Amthliches.

Bekanntmachung.

Am Vorabend des Geburtstages Sr. Majestät unseres Kaisers und Königs — **Mittwoch, den 26. Januar, abends 8 1/2 Uhr** — findet im Rathhaus „zum Hirsch“ ein **Kaiserkommers** statt, wozu sämtliche Bürger hiermit eingeladen werden.

Flörsheim, den 24. Januar 1910.

Der Gemeindevorstand:
Land, Bürgermeister.

Bei der hiesigen Polizeiverwaltung sind

2 Nachschuttmanns-Stellen

zum 1. März 1910 zu besetzen. Der Gehalt beträgt 950 Mk., steigend alle 3 Jahre um 75 Mk., bis 1100 Mk. Außerdem werden 100 Mk. jährlich für Uniformierung und freie Ausstattungsstücke gewährt.

Gesunde, nüchterne, nicht über 35 Jahre alte Bewerber, die mindestens 1,70 m groß und schreibfähig sind, wollen selbstgeschriebene Bewerbungen unter Beifügung von Lebenslauf und begl. Zeugen-Abschriften bis zum 15. Februar 1910 an die hiesige Polizeiverwaltung einreichen.

Polizeiwärter und solche die eine Polizeischule mit Erfolg besucht haben werden bevorzugt.

Flörsheim, den 20. Januar 1910.

Die Polizeiverwaltung.
Der Bürgermeister: **Land.**

Das Ballspielen auf den Gemeinde-Dammwiesen ist untersagt.

Flörsheim, den 22. Januar 1910.

Der Bürgermeister: **Land.**

Die Bedingungen für die demnächst stattfindende öffentliche Verpachtung der Gemeinde-, Feld- und Wasserjagd, liegen gemäß § 21 der Jagdordnung, im hiesigen Rathhaus (Verwaltungsbüro) zur Einsicht der Jagdgenossen (Grundbesitzer) auf.

Flörsheim, den 17. Januar 1910.

Der Jagdvorsteher:
Land, Bürgermeister.

Die Liste der stimmberechtigten Bürger für die Ergänzungswahl der Gemeindevorordneten liegt vom 15. bis 30. Jan. 1910 im hiesigen Rathhaus — Verwaltungsbüro — während den Dienststunden auf.

Während dieser Frist können hier auch Einsprüche gegen die Richtigkeit bzw. Vollständigkeit der Liste erhoben werden.

Flörsheim, den 13. Januar 1910.

Der Bürgermeister: **Land.**

Notales.

Flörsheim, den 25. Januar 1910.

Der Herr Dr. Ulrich, welcher mit Herrn Dr. Stamm aus Wiesbaden die hiesige chem. Fabrik gekauft hatte, ist vorige Woche in Hoffheim plötzlich gestorben. Durch diesen Todesfall dürfte die Möglichkeit gegeben sein, den zwischen den beiden Herren bisher geführten Rechtsstreit über die Teilung des gemeinschaftlichen Eigentums zum raschen Ende zu führen, damit, in dem schönen und so anständig gelegenen Anwesen endlich mal wieder der Betrieb eröffnet wird.

Im **Militär-Verein**. Die am Sonntag Abend im Hirsch von dem Militärverein veranstaltete Kaiser-Geburts-tagsfeier war sehr gut besucht. Die Darbietungen der Hirsch'schen Musikkapelle, sowohl als auch die theatralischen Aufführungen fanden ungeteilten und reichen Beifall. Es wurde sehr flott gespielt und verdienen alle Darsteller uneingeschränktes Lob, besonders aber waren es die Geschwister Altmeyer, welche mit ihren hervorragenden Leistungen brillierten und von ihrer schauspielerischen Begabung ein glänzendes Zeugnis ablegten.

Am **Vortragsabend**. Auf den heute Abend in der Rathhaus stattfindenden Experimental-Vortrag des Herrn Physiker S. Kubach, veranstaltet vom Gewerbeverein möchten wir besonders aufmerksam machen und einen Besuch an-geliebstlich empfehlen. (Siehe auch Inserat.)

* **Nach preussischem Muster**. In den maßgebenden Kreisen soll, nach dem „F. G. M.“, die Frage besprochen

werden, das Gerichtsvollzieherwesen im Großherzogtum Hessen nach preussischem Muster umzugestalten, d. h. den Gehalt dieser Beamten, von denen verschiedene in den Städten bei weitem höhere Einnahmen hätten als der Großherzogliche Premier-minister, zu fixieren, jedem einen bestimmten Bezirk zuzu-weisen und zu diesem Behufe Verteilungsstellen an den Ge-richten zu installieren.

x **Hochheim**, 21. Jan. (Verschiedenes.) In dieser Woche starb dahier der älteste Einwohner unserer Stadt, der frühere Flurschütz Johann Steinbrech, geboren im Jahre 1822. Derselbe war Mitglied des Militärvereins der „Ehemaligen Kassauischen Waffengründer“ und wurde deshalb von seinen Kameraden mit militärischen Ehren zu Grabe geleitet. — Seit Dienstagmorgen hat sich ein hiesiger Fuhrknecht und Familienvater von zu Hause entfernt und ist bis jetzt noch nicht zurückgekehrt. Ueber den Verbleib des Vermissten hat man nicht den geringsten Anhaltspunkt.

a **Rüsselsheim**. Ein großes Turnfest findet am 26. Juni in hiesiger Gemeinde statt. An diesem Tage feiert die Turngesellschaft Rüsselsheim ihr 25jähriges Stiftungsfest.

* **Rüsselsheim**. In letzter Gemeinderatsitzung standen zwei Punkte auf der Tagesordnung. Der erste betraf das Eigentumsrecht am Leinpfad und Main. Beide sind im Grundbuch als Eigentum der Gemeinde eingetragen, der Main bis zur halben Breite. Da nun der Staat Eigen-tumsrechte erhebt, so wird dem entgegengetreten, da ja bei Offenlegung des Grundbuchs bei der Anlegung keine Ein-wendung von seiten des Staates gemacht worden sind.

a **Söckst**, 20. Jan. Gestern Nachmittag wurde eine unbekannte männliche Leiche aus dem Main gelandet. Der Tote war etwa 27 Jahre alt, ist 1,70 m groß, hat blondes Haar und Schnurbart. Ueber dem linken Auge hatte er eine Wunde, welche noch verbunden war. Bekleidet war derselbe mit dunkler Hose und Weste, gelben Strümpfen und Schnürschuhen. Kopf fehlte. Der anscheinend dem Arbeiterstande angehörende Tote hatte noch etwas über 10 Mark Geld, jedoch keinerlei Ausweispapiere bei sich.

* **Dreieichenhain**. Ein frecher Einbruch wurde in der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag bei dem Bäcker-meister Rehger hier verübt. Nachts gegen 12 Uhr stieg ein Dieb durch das Kellerefenster in das Haus und schlich in das Wohnzimmer. Die Tochter des Besohlenen, welche sich mit Bekannten noch im Nebenzimmer befand, wurde durch ein verdächtiges Geräusch aufmerksam. Als sie in das andere Zimmer kam, konnte sie den Dieb, der über 200 Mk. gestohlen hatte, gerade noch verschwinden sehen. Man ist auf seiner Spur.

a **Reckar-Steinach**. Die Flößerei auf dem Reckar, welche in den letzten Jahren immer mehr erloschte, steht an-scheinend vor ihrer völligen Auflösung. In früheren Jahren befuhren beispielsweise noch mindestens 50 Floße die Ragold und im abgelaufenen Jahre zählte man deren nur noch 8. Die bedeutendste Holzfirma zu Altenstein, die bisher die meisten Floße stellte, ließ in 1909 überhaupt nicht mehr flößen. Staatlicherseits soll die Auflösung der Flößerei erst 1919 erfolgen.

Kirchliche Nachrichten.

Katholischer Gottesdienst.

Mittwoch 6 1/2 Uhr Johramt für A. M. Mohr geb. Edel, 7 1/2 Uhr Johramt für Theresia Adriel.
Donnerstag 7 1/2 Uhr gest. Engelamt für Johann und Anna Margaretha Rauheimer.
Freitag 6 1/2 Uhr hl. Messe für Theresia Hofmann geb. Thomas, 7 1/2 Uhr Amt für Peter Roosen.
Samstag 6 1/2 Uhr hl. Messe für Lorenz und Eva Thomas, 7 1/2 Uhr hl. Messe für Pfarrer Kloos.

Bereins-Nachrichten.

Militärverein. Die Kameraden werden gebeten sich an dem Kaiserkommers zahlreich zu beteiligen.

Wegen Verheiratung des jetzigen, suche

tüchtiges Mädchen

welches in Küche und Haushalt ganz selbständig ist, in kleinen Haushalt gegen hohen Lohn. Eintritt am 15. Februar oder 1. März. Näheres Höchst a. Main, Ecke Königsteinerstraße im Laden.

Knorr's Suppen
Fix und fertig — 3 Teller 10 Pfg.

Knorr-Sos
würzt famos
Suppen, Saucen, Gemüse, Fleischspeisen etc.
Jeder Umschlag mit als Gutschein
Jede Standflasche enthält 1 Gutschein.

Lieblisch
macht ein zartes Gesicht ohne Sommersprossen und Hautunreinigkeiten, daher gebrauchen Sie die echte **Steckenpferd-Lilienmilch-Seife** à Stck 50 Pfg. in der Apotheke.

Der Kauf einer Nähmaschine ist Ver-trauenssache!
Für 48 Mark
versende ich eine hocheleg. hocharmige Familien-Nähmaschine (Syst. Singer) zum Fußbetrieb, mit allen Neuerungen ausgestattet, inkl. hochfein polierten Kasten und sämtlichen Zubehör.
5 Jahre Garantie.
Für 34 Mark
versende ich eine äußerst prakt. unverwundl. Wasch-Maschine, Mangel-, Wring- u. Butter-Maschinen zu konkurrenzlos billigen Preisen.
Viele Anerkennungen von Deutschland, Niederlande, Luxemburg, der Schweiz, Süd-West-Afrika etc.
Versandhaus
K. Hönniger, Erfurt 613,
Radowitzstraße 47.

Ein neuerbautes
Wohnhaus
in der Obertaunusstraße ist zu vermieten evtl. auch zu verkaufen. Näheres Wickererstr. 6.

Prakt. Zahn-Arzt
Dr. Nuthmann
früher Assistenzarzt an der Kaiserlich. Uni-versitätsklinik Strassburg (Prof. Dr. Römer), sowie bei Hofzahnärzten d. In- u. Auslandes.
Mainz, Grosse Bleiche, Ecke Klarastrasse.
Sprechst. 9—6. Sonntags 10—12.

Achtung!
Prima Zwiebeln
10 Pfund 50 Pfg., im Centner 4 Mk. 25 Pfg. zu haben bei
Nikolaus Kohl,
Brunnengasse 1.

Wochen-Rundschau.

Herr von Bethmann-Hollweg hat sich allmählich, sei es durch Reden im Reichstage oder im preussischen Landtage bekannt gemacht; sein Programm ist eingehend und man weiß, welchen Kurs er steuern will. Der durch die Thronreden bekannte nüchterne, oder vielmehr schlichte Charakter des neuen Kanzlers, scheint überwunden, er geht zu Taten über und hat auch den Mut, seine Handlungsweise vor dem Forum der Öffentlichkeit zu verteidigen. Im Reichstage ist man ihm böse, daß er bei den Interpellations-Debatte durch Abwesenheit glänzt und seinem Vertreter Delbrück die undankbare Aufgabe der Beantwortung überläßt. Daraus entstehen nun wieder Gerüchte; eines, das in den letzten Tagen in den Wandlungen des Reichstages besonders eifrig kolportiert wurde, behauptet sogar, daß Herr von Bethmann diplomatenförmig sei. Der Kanzler soll einer Persönlichkeit, deren gute Verbindung mit der Wilhelmstraße bekannt ist, vertraulich erklärt haben, daß er in der letzten Zeit oft niedergeschlagen sei, und daß er dies auf Ueberarbeitung zurückführe. Nach derselben Quelle soll Herr Bethmann überdies von der Undankbarkeit seines Postens so überzeugt sein, daß er oft und gern an seinen früheren Wirkungskreis zurückdenke. Was Wahres an diesem Gerüchte ist, weiß man natürlich nicht, jedenfalls wird das Reich im Reichstage als bedeutungsvolles Symptom ausgelegt. Demnach scheint es also so, daß die politischen Kartenblätter, die dem neuen Mann nur ein kurzes Leben prophezeiten, zuguterletzt Recht zu behalten.

Die Schiffsabgaben bilden noch wie vor das Tagesgespräch in den Spalten der Zeitungen. Sachsen hat neuerdings noch einmal ausdrücklich erklärt, daß es dem preussischen Plan ablehnend gegenüberstehe, und Baden und Hessen stehen auf demselben Standpunkt. Im Reichstage wurde gelegentlich der Generaldebatte über den Zolltarif von verschiedenen Abgeordneten die rechtliche Seite der Frage berührt und festgestellt, daß die Einführung gegen den Willen der opponierenden Bundesstaaten einem Verstoß gegen die Reichsverfassung gleichkäme und in der sächsischen Ersten Kammer vertrat der bekannte Staatsrechtslehrer Bach dieselbe Auffassung. Allen Anzeichen nach will man Preußen trotz alledem den Entwurf dem Bundesrat vorlegen und man kann mit Spannung erwarten, ob er dort eine Mehrheit finden und wie sich die Sache weiter gestalten wird.

Ueber den Standpunkt Oesterreich-Ungarns zu der Schiffsabgabenfrage waren in der verflochtenen Woche Gerüchte in Kurs, wonach die österreichische Regierung mit dem preussischen Plane einverstanden sein würde, jedoch die amtliche Dementierungsmaschine trat sofort in Funktion und stellte fest, daß man sich in Wien mit dieser Frage überhaupt noch nicht beschäftigt habe. — Das neue ungarische Kabinett wäre nun endlich nach langem Hin und Her gebildet, freilich fehlen verschiedene Männer, aber dafür hat man einzelne Ministerien provisorisch an die anderen Minister vergeben. Der neue Ministerpräsident Graf Khuen-Hedervary soll ein weiser Staatsmann sein und sich um den Parteienstreit nie gekümmert haben. Das ist ja ganz nett, aber damit ist der festgehaltene Staatsakt noch lange nicht flott. Die Unabhängigkeitsparteien, mit Jusz und Kossuth an der Spitze, werden vorwiegend in der Kammer das neue Kabinett mit Rärm empfangen, jedoch es nicht einmal sein Programm barlegen kann. Dann bleibt die Auflösung, Wahlrechtsreform und Ausschreibung von Neuwahlen. Ob das etwas helfen wird? Besterle, Lufacs müßten in dem magyarischen Strudel verschwinden, Graf Khuen scheint ihm ebenfalls geweiht Wer wird das nächste Opfer sein?

Die Wahlen in England haben seit einigen Tagen begonnen und den Konservativen eine Reihe Gewinne eingebracht. Freilich sind sie nicht so hoch, daß man von den noch ausstehenden Wahlen eine konservative Majorität erwarten kann, aber immerhin haben sich die Hoffnungen der rentierten Lords wenigstens einigermaßen erfüllt, während die Liberalen und Sozialisten eine Niederlage erlitten haben. Der liberale Butsch gegen das Oberhaus hat nach diesem Wahlergebnis kaum Aussicht auf Erfolg.

Auf dem Balkan haben sich wieder verschiedene Ereignisse zugetragen. Die Kreter drängen auf eine Lösung der kretischen Frage und wollen für die griechische Deputiertenkammer Abgeordnete wählen. Dem widersteht sich natürlich die türkische Pforte. In der Türkei ist man dabei, die militärische Stärke zu vergrößern, damit man einem Kriege, der, solange die Kretasfrage nicht gelöst ist, noch immer nicht als ausgeschlossen gilt, mit Ruhe entgegensehen kann. Serbien hat wieder seine Liebe zum rühmlichen überspannten Ex-Artenprinzen. Durch einen neuerlichen Skandal hat dieses Ungeheuer wieder einmal Aufsehen erregt. Trotzdem stößt das serbische Ministerium, das den ungarischen Prinzen über die Grenze schaffen will, auf den entschiedenen Widerspruch König Peters. So kann also Herr Georg seine Streiche ungehindert weiter machen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

* Keine Begegnung in Monaco. Wie aus Paris gemeldet wird, bestätigt es sich, daß dort der Fürst von Monaco eingetroffen ist, um dem Präsidenten Fallières die Einladung zur Einweihung des Ozeanographischen Museums zu überbringen. Wie in eingeweihten Kreisen verlautet, hat der Präsident die Einladung nicht angenommen. Damit bestätigt sich die Vermutung, daß aus französischer Seite wenig Neigung bestehen dürfte, Monaco zum Rendezvous zwischen dem Präsidenten und Kaiser Wilhelm zu machen. Es sei zwar nicht unwahrscheinlich, daß Fallières gelegentlich dem ozeanographischen Museum einen Besuch abstatten werde. Die von dem Fürsten Albert in Vorschlag gebrachte Derlichkeit sei jedoch der Bedeutung einer ersten Begegnung Kaiser Wilhelms mit dem Präsidenten der französischen Republik aus äußeren Gründen wenig angemessen. Im übrigen erkenne man dankbar die Mission des Fürsten an, der auch trotz des Mißerfolges seiner Absichten doch das Seinige dazu getan habe, um den Annäherungsgedanken zwischen beiden Völkern zu fördern. Ohne Zweifel werde man in ihm

auch fernerhin den Vermittler eines Gedanken-austausches zu sehen haben, der in dem bevorstehenden Besuche des Fürsten in Berlin seine Fortsetzung finde.

* Das Befinden des an Influenza erkrankten Präsidenten des Reichstages, Graf Stolberg, läßt noch immer viel zu wünschen übrig. Im Laufe des Donnerstags ist zwar eine leichte Besserung eingetreten, doch muß sich der Patient äußerster Schonung anerkennen. Auch einige Mitglieder der Familie des Präsidenten sind an Influenza erkrankt.

* Die Reichsbank hat ihren Diskontofuß von 5 Prozent auf 4½ Prozent und den Lombardenzinssatz von 6 Prozent auf 5½ Prozent ermäßigt.

* Die Verbesserung der deutsch-englischen Beziehungen soll auch durch einen Studentenaustausch angestrebt werden, den ein Berliner Komitee in die Hand nahm, das sich nach dem Muster des letzten in London gegründeten Anglo-German Student Committee organisiert wird.

* Der Gymnasial-Oberlehrer Hoffmann in Kattowitz, der bei den Stadtverordneten polnisch gewählt hat, ist nach Strehlen versetzt worden. Das Komitee-Mitglied bei der Herter-Versammlung, der freisinnige Gymnasial-Oberlehrer Haas, wird vor dem Provinzial-Schul-Kollegium zur Verantwortung gezogen.

Oesterreich-Ungarn.

* In den Kreisen der Parteien des Reichstages finden derzeit unveränderte Verhandlungen über die Seelungs-nahme gegenüber dem Kabinett Khuen statt. Die allgemeine Auffassung geht augenblicklich dahin, das Programm des Grafen Khuen anzuhören und darauf mit einem Mißtrauensvotum zu antworten. In diesem Falle, glaubt man, würde Graf Khuen mit der Schließung der Session und der Vertagung des Hauses antworten.

* Eine Anzahl der ältesten Generale hat ein Schreiben erhalten, worin dargelegt wird, es sei allerhöchster Wunsch, auch die oberen Chargen der Generale zu verjüngen. Allerdings soll es den alten Offizieren überlassen bleiben, den Zeitpunkt ihres Rücktritts selber zu bestimmen. Es soll in Oesterreich Grundsatze werden, daß die höheren Offiziere nicht länger als 40 Dienstjahre auf ihrem Posten bleiben.

England.

Das Ergebnis der Wahlen am fünften Tage war folgendes: Unionisten 24, Liberale 18, Arbeiterpartei 7 und Nationalisten 9. Das Gesamtergebnis stellt sich wie folgt: Unionisten 163, Liberale 138, Nationalisten 53 und Arbeiterpartei 28. Die ministerielle Seite beträgt demnach 219 und die Oppositionspartei 163 Stimmen. 288 Wahlen sind noch vorzunehmen.

Türkei.

* Der Brand des Parlamentsgebäudes scheint das Werk von Fanatikern zu sein, die den alten Sultansplatz als durch Ungläubige besetzt ansehen. Laut Beschluß des Ministerrats soll das Gebäude wieder erbaut werden.

Hof und Gesellschaft.

Heiratspläne der Prinzessin Clementine von Belgien.

Nach Ablauf der Trauerzeit um König Leopold wird am belgischen Hofe eine Hochzeit stattfinden, die durch ihre Begleitumstände besondere Beachtung verdient. Prinzessin Clementine, die jüngste Tochter des verstorbenen Königs wird den Prinzen Victor Napoleon heiraten; damit findet eine Jugendliebe nach langen Jahren der Entfremdung ihren Lohn. Die Prinzessin ist am 30. Juli 1872, Prinz Viktor, der Sohn des Prinzen Napoleon Bonaparte und



Prinzessin Clementine Prinz Victor Napoleon der Prinzessin Marie Klottbe von Savoyen, am 18. Juli 1862 geboren. Von der nunmehr zur Wirklichkeit werdenden Ehe war bereits seit Jahren des öfteren die Rede, doch widerfuhr sich König Leopold ihr stets. Die Verlobung soll bekannt gegeben werden und die Hochzeit soll bereits im November stattfinden. Der Prinz hat einen Bruder, welcher russischer General ist; seine Schwester Natalia ist die Witwe des Herzogs von Kosla.

Heer und Flotte.

* Die graugrüne Uniform. Gerüchweise verlautet, daß am 27. Januar Bestimmungen über die Reuniformierung der Armee erlassen werden. Es soll sich um die allgemeine Einführung der draugrünen Felduniform handeln. Alljährlich zum Geburtsstage des Kaisers pflegt ein Erlass gegeben zu werden, der einige Änderungen in der Herstellung und Tragweise von Uniformen, Ausrüstungsgegenständen und Bewaffnung der Armee zum Gegenstand hat. Es scheint nicht ausgeschlossen, daß am kommenden 27. Januar die Ingebrauchnahme der neuen graugrünen Felduniform beschlossen wird. Dies kann der Fall sein, wenn die Ausrüstung der neuen Uniform bereits so erhebliche Fortschritte gemacht hat, daß ein erheblicher Mehrbedarf gegenüber dem Heidegebrauch vorhanden ist. Immerhin ist anzunehmen, daß aus Sparfamkeitgründen der Friedensgebrauch der neuen Uniformbestände zunächst auf besondere Gelegenheiten beschränkt bleibt.

Neueste Meldungen.

Berlin, 22. Jan. Das aus dem Kunstgewerbemuseum gestohlene Bronzerelief Friedrichs des Großen, einen Krieger darstellend, ist in vergoldetes Kupfer gefaßt und modelliert von Schadow.

Paris, 22. Jan. „Gil Blas“ meldet, daß Präsident Fallières durch den Postkoffer Cambon an Kaiser Wilhelm ein Schreiben habe gelangen lassen, in dem er die Ursache seines Fernbleibens von der Einweihung des ozeanographischen Museums in Monaco darlegt. — Auf der Berliner französischen Botschaft ist ein derartiges Schreiben nicht eingetroffen und auch im auswärtigen Amt ist man der Ansicht, daß die Nachricht eine Erfindung ist.

Sofia, 22. Jan. Der serbische Thronfolger Prinz Alexander soll hier nächsten Montag eintreffen. Von bulgarischer Seite wird berichtet, daß seine Reise als ein reiner Höflichkeitssuch bezeichnet. Deshalb soll der Prinz auch ohne jedwede Begleitung eines Ministers reisen.

New-York, 22. Jan. Das „Journal of Commerce“ verzeichnet leichte Störungen in einigen Branchen infolge der Handelsvertrags-Unsicherheit und erklärt, maßgebende Kreise hätten wie dräben erwarteten keinen Zollkrieg.

New-York, 22. Jan. Nachdem der Senat die Annexion der Annexion Spitzbergen angenommen hat, überwiegt das Auslandskomitee des Repräsentantenhauses die Frage dem Unterhaushaus. Die Annexion ist dringlich, weil mehrere Amerikaner dort eine Arctic Coal Company betreiben, in deren Gruben hundert Arbeiter beschäftigt sind. Früher gehörten die Kohlengruben Norwegen. Die U.S. stützt sich auf das Bundesgesetz, demzufolge fremdes Land annektiert werden kann, sofern Amerikaner dort Bergwerke besitzen.

Aus aller Welt.

Museumsdiebstahl. Aus dem Berliner Kunstgewerbemuseum ist ein Bronzerelief entwendet worden, das Friedrich den Großen zu Pferde darstellt. Der Dieb ist unerkannt entkommen.

Rabiate Schauspieler. Im Foyer des Deutschen Theaters in Berlin wurde nach Schluß der Vorstellung der Herausgeber der „Schaubühne“, Herr Siegfried Jacobsohn, gerade, als er das Theater verlassen wollte, von dem Mitglied des Hebbel-Theaters, Fräulein Ida Roland, attackiert. Die Schauspielerin machte mehrfach den Versuch, den Kritiker ins Gesicht zu schlagen, was jedoch von diesem und den umstehenden verhindert wurde. Fräulein Roland sah sich zu dieser Aussehen erregenden Attacke veranlaßt durch einen Artikel Jacobsohns in der „Schaubühne“, der sich mit dem Hebbel-Theater beschäftigte, und der Fräulein Roland, als die „Vertrauensperson“ des Direktors Robert, in gewissem Sinne mit für den Zusammenbruch des Theaters verantwortlich machte.

Schwarze Pocken. In Odessa (Dänemark) sind die schwarzen Pocken ausgebrochen. Die Seuche hat bereits eine so große Ausdehnung angenommen, daß sie zu einer Epidemie zu werden scheint. Alle Theater, Varietés und Vergnügungsorte sind geschlossen. Der Schulunterricht ist eingestellt. Alle öffentlichen Versammlungen und Gottesdienste sind verboten. 12 Personen befinden sich auf der Quarantänestation. Mehrere Personen angestekt sind, läßt sich noch nicht feststellen, da die Krankheit erst mehrere Tage nach erfolgter Ansteckung zum Ausbruch kommt.

Luftschiffahrt und Aeronaufk.

* Ein neuer deutscher Eindecker. In aller Eile hat der Frankfurter Ingenieur Franz Verheyen in seinen Werkstätten am Großen Sande in Mainz die Fabrikation von Eindeckern aufgenommen. Tüchtige Mechaniker wirken seit Wochen unter seiner Leitung, und am Mittwoch konnte er einem kleinen Kreis von Interessenten und Sachverständigen zeigen, wie weit der Bau des Apparates nach seinen Ideen vorgeschritten ist, und welche Verbesserungen gegenüber den ausländischen Eindecker-Konstruktionen er aufzuweisen hat. Der Rumpf des Eindeckers hat die statische Länge von fast 10 Metern, das Getriebe wird aus Eichenholz hergestellt. Die Metallteile bestehen in der Hauptsache aus Aluminium, es wird wegen seiner Leichtigkeit viel vorgezogen. Wichtige Verbesserungen hat Verheyen für die Steuerung ausgedacht. Früher mußten die Flugtechniker lediglich nach dem Gefühl steuern, d. h., sie mußten ausprobieren, wie stark sie das Steuer bewegen müssen, um in eine bestimmte Höhe zu kommen. Hier hat Verheyen durch eine geniale Idee diesem Mangel abgeholfen. Die Höhensteuerung wird durch einen Hebel, der mit der linken Hand bedient wird, betätigt. Dieser Hebel kann auf einer Skala für eine bestimmte Höhe eingestellt werden. Auf diesen neuen Eindecker hat der Erfinder bereits Bestellungen erhalten, u. a. von einem Frankfurter Kaufmann und einem bekannten Autorenfahrer. Die Probefahrten beginnen in Kürze.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

Am Mittwoch stand im Abgeordnetenhaus die Interpellation des Zentrums betr. die Kattowitzer Vorgänge auf der Tagesordnung. — Abg. Portsch (Z.) begründet die Interpellation und geht ausführlich auf die Verhältnisse in Kattowitz ein. Wenn der treue Katholik zu unterscheiden habe, zwischen seiner und liberaler Weltanschauung, so sei klar, welche Stellung er einnimmt. Bei den Beamten sei das nicht anders und in dieser Beziehung stehen ihm dieselben Rechte zu, wie jedem anderen Staatsbürger. Die politischen Kandidaten hätten vor ihrer Nominierung öffentlich erklärt, daß sie auf dem Boden der Verfassung stünden und mit den großpolitischen Bestrebungen nichts zu tun hätten. — Abg. Jagdewitz (Pole) verweist auf Begründung seiner Anfrage. — Darauf nimmt Ministerpräsident von Beth-

Hann-Sollweg das Wort zu einer Erklärung. Für die Regierung sei maßgebend gewesen, daß die Beamten und Lehrer für Kandidaten der großpolnischen Richtung gestimmt hätten. Konfessionelle Gegensätze kämen nicht in Frage. Die preussische Regierung stehe nach wie vor auf dem Standpunkt, daß der eingeklagte Kurs der Polenpolitik der allein richtige sei, die Politik des Zusehens könne verhängnisvoll werden. — Der konservative Abg. **Winkler** stimmt den Ausführungen des Ministerpräsidenten zu, während der Abg. **Seyda** (Polen) das Vorgehen der Regierung verurteilt. — Daraus verlag sich das Haus auf Freitag 11 Uhr. Tagesordnung: Weiterbesprechung; außerdem Anfrage des Zentrums betr. Arbeitsnachweis.

Am Freitag wurde die Debatte über die Interpellationen wegen der Rattowitzer Wahlregelungen fortgesetzt, und wieder erscheint an der Spitze seiner Ministeriums Herr von Bethmann-Sollweg. — Abg. **Fischbeck** (frs.) protestiert mit einer kräftigen Rede gegen die Einschränkung der Wahlrecht der Beamten in Rattowitz. Man kann der Achtung vor dem Beamtenstand keinen großen Schaden zufügen, als wenn die Beamten als Männer mündigen Alters hingestellt werden. — Abg. **Vieblnecht** (Soz.) macht die Konservativen und das Zentrum darauf aufmerksam, daß gerade ihre Freunde, die großen Berg- und Hüttenwerksbesitzer am meisten für die Polonisierung Überchießens getan haben, indem sie manchen polnische Arbeiter herbeizogen. Der Redner kritisiert dann scharf die Haltung der Regierung und wird wegen seiner leidenschaftlichen Ausführungen zweimal zur Ordnung gerufen. — Ministerpräsident von Bethmann-Sollweg erwidert auf einen Angriff des sozialdemokratischen Redners, der seine Verwunderung ausgedrückt hatte, daß der Ministerpräsident heute schon zum zweitenmal anlässlich des Rattowitzer Falles im Abgeordnetenhaus erscheine, während er den Reichstag bei der gleichen Angelegenheit überhaupt nicht mit seiner Anwesenheit beehrt habe. Er behalte sich als Ministerpräsident vor, so oft im Parlament zu erscheinen, wie es im Interesse der Sache erforderlich sei. Gegenüber einer Vieblnechtschen Aeußerung über angebliche Unstimmigkeiten zwischen Ministerpräsident und Kultusminister stellt Herr von Bethmann fest, daß er vollständig einverstanden sei mit der Anklage des Kultusministers, daß der wegen Teilnahme an einer hiesigen Versammlung denunziert: Rattowitzer Gymnasiallehrer zur Verantwortung gezogen werden müsse, wenn die aufgestellten Behauptungen sich als richtig erweisen. Wenn einmal die Zeit kommen sollte — sie ist nicht da — in der die Beamten die Wahl dazu gebrauchen würden, die Grundlagen des Staats zu erschüttern, dann würde mit aller Energie jede notwendige Maßnahme gegen solchen Mißbrauch ergriffen werden. Er müsse es deshalb entschieden ablehnen, irgend eine allgemeine Erklärung darüber abzugeben, in welchem Falle Versetzung im Interesse des Dienstes als notwendig betrachtet werden müsse. Wir wollen, schließt der Ministerpräsident, die Beamten nicht in der Ausübung ihres Wahlrechtes beschränken, außer wenn eine zwingende Staatsnotwendigkeit vorliegt.

Aus Süd- und Westdeutschland.

Worms, 21. Jan. (Suspendiert.) Das Korps **Pallada** ist wegen der Ausschreitungen am 4. Dezember v. J. nach einem Wiederholungsbesuch in Rüngsdorf für dieses, und das Sommersemester suspendiert worden. Von einem Vorgehen gegen das Korps war angeblich abgesehen worden, da der S. G. die Schuldigen mit der strengsten Strafe belegt hatte. Da aber nach den Untersuchungen die Ausschreitungen schlummernd, als sie anfänglich erschienen und es nur dem Zufall zu danken ist, daß ein Unglück vermieden wurde, hat der Senat das am meisten belastete Korps „Pallada“ suspendiert. Gegen die übrigen Beteiligten der fünf Korps hat sich der Senat weitere Schritte vorbehalten, falls die Untersuchung noch weiteres für sie belastendes Material ergibt.

Worms, 21. Jan. (Unterschiede.) Der Direktor Friedrich Aulert von der Wand- und Spinnfabrik Kaiser u. Dide ist verhaftet worden wegen großer Unterschlagungen, die Jahre zurückliegen. Die Untersuchung über diese Angelegenheit schwebt schon seit Wochen. Eine Reihe weiterer Angestellten der Fabrik in an der Sache beteiligt.

Essen, 21. Jan. (Zu dem Schachtung.) Die Aufbaumarbeiten zur Bergung der sechs Bergleute auf der Zeche „Holland“ schreiten rüstig fort. Das Nachschicken von Erde und Gesteinsmassen hat aufgehört. Es scheint nicht ausgeschlossen, daß man bald auf die Verschütteten stoßen wird.

Gelsenkirchen, 21. Jan. (Zum Gruben-Unterschied.) Die mit feierhaftem Eifer betriebenen Arbeiten zur Rettung der auf der Zeche „Holland“ eingeschlossenen Schachtarbeiter haben in ihrem weiteren Verlauf besseren Erfolg gehabt als erwartet werden konnte. Heute Morgen gegen 4 Uhr ist es den Rettungsmannschaften endlich gelungen, durch den zu Grunde gegangenen Teil des Schachtes hindurch an den Fuß der Mauer zu kommen, bis zu der am Unfalltag gemauert werden sollte. Von hier bis zur Mauerbühne, an der die Verschütteten verumt werden, sind noch zehn Meter Schutz auszuräumen, allerdings unter sehr schwierigen Umständen. Wenn alles gut geht und kein Zwischenfall eintritt, hofft man schon im Laufe der kommenden Nacht die Verunglückten herauszubringen. Inzwischen werden schon Sauerstoffapparate und Lebensmittel zur Unfallstelle geführt. Die Verschütteten geben Lebenszeichen nicht mehr von sich. — Die von der Deutschen Bank in Berlin unternommene Hilfsaktion für die Verschütteten der Zeche „Holland“ hat bis jetzt 5000 Mark ergeben.

Frankenthal, 21. Jan. (Zu dem Schachtung.) Der Architekt Walter Gürtler wurde wegen Betrugs und Urkundenfälschung verhaftet. Gürtler hatte im Auftrag der Distriktsverwaltung Rodenhäuser eine Straße zu bauen und war angewiesen, Geldvorschuße auf die von ihm ausgeführten Arbeiten gegen Vorlegung einer Anweisung der genannten Behörde auf einer Vant in Frankenthal zu erheben. Diese Anweisungen hatte er in mehreren Fällen gefälscht und auf diese Weise die Bank um 12 000 M. geschädigt.

Unwetter und Hochwasser.

Rhein, 21. Jan. Der Rhein ist in den beiden letzten Tagen um 1½ Meter gestiegen. Der Kölner Pegel zeigte heute Mittag 5,55 gegen 3,82 am Mittwoch. Die tiefer gelegenen Wiesen bei der Stadt sind zum Teile überflutet. An der Aachmündung ist der Verkehr mit der Bunde zwischen Kripp und Linz eingestellt. Die Gms hat bei Greven mehrere Niederungen unter Wasser gesetzt. Der dortige Pegel zeigte heute 4,45.

Oberrhein, 21. Jan. Der Rhein ist seit gestern Morgen um 1 Meter gestiegen und überflutet das hiesige Weizenfeld.

Wingen, 21. Jan. Der Stand der Rache beträgt hier etwa 6 Meter, eine Höhe, die der Fluß noch selten erreicht hat. Die sämtlichen Bäche, die auf der unteren Strecke der Rache in diese münden, wie der Guldenbach und andere, bringen ungeheure Wassermengen mit. Große Strecken des Ufers sind im unteren Laufe auf der rheinischen Seite überschwemmt. Der Fluß bringt viel Ackerboden, der sich im Wasser gelöst hat, mit.

Mainz, 21. Jan. Der Rhein ist außerordentlich stark gestiegen und hat am hiesigen Pegel eine Höhe von 325, gegen 225 Zentimeter von Donnerstag, erreicht. **Hannau**, 21. Jan. Infolge des Hochwassers mußten an sämtlichen Naturschutzstationen oberhalb Hannau die liegenden Brücken abgefahren werden. Es wird nur noch der Personennverkehr mittels Nachens zwischen beiden Ufern anrecht erhalten.

Marau, 21. Jan. Der Rhein hat einen Pegelstand von 640, steht fliegend.

Worms, 21. Jan. Der Stand des Rheins beträgt 37. und steigt weiter.

Hannau, 21. Jan. Rhein 648, steigt, Oberrhein und Neckar fallen.

Deutscher Reichstag.

(Schluß der Vereinsgesetz-Interpellation.)

Abg. v. **Puttlich** (kons.) hält die Debatte für unnötig, weil die vorgebrachten Beschwerden sich leicht auf dem Instanzenweg erledigen ließen. Die preussische Bureaucratie habe trotz ihrer Schwächen sehr viel geleistet.

Abg. **Bren** (Soz.) sagt, die Klagen würden nicht aufhören, denn sie hätten ihre Ursache im Gesetz. Sicherheit gegen die Willkür der Bureaucratie schaffe nur eine gründliche Reform des Gesetzes. Die Bahn dafür sei frei, nachdem der Block gescheitert ist.

Abg. **Gröber** (Ztr.) führt aus, daß in Süddeutschland kein Anlaß zur Beschwerde vorliege, weil man sich dort schäme, den Sprachparagrafen zur Anwendung zu bringen. Redner geht dann auf den Zwischenfall in Elsfeld-Lothringen ein. Die Bischöfe haben lediglich ihre Pflicht erfüllt, als sie die katholischen Lehrer warnen, dem Allgemeinen deutschen Lehrerverein beizutreten, der offensichtlich antireligiöse Tendenzen verfolgte. Daß es den Polen nicht gestattet wurde auf dem Katholikentag in Breslau in ihrer Muttersprache zu reden, sei eine unangebrachte und ungerechte Maßnahme. Redner schließt: Wenn früher bei dem Gesetz nicht alle Schuligkeit getan worden ist, dann müssen wir es jetzt nachholen und wir müssen darauf sehen, daß die Ausnahmebestimmungen aus dem Gesetz verschwinden.

Nach weiteren Bemerkungen der Abg. **Styhel** (Polen), **Gräf** (B. Vgg.), **Hansen** (Däne) und **Mugdan** (Fr. Vp.) erfolgt gegen 4½ Uhr Vertagung.

Mittags 1 Uhr. **Berlin**, 20. Januar.

(21. Sitzung.)

Auf der Tagesordnung steht die dritte Lesung des Handelsvertrages mit Bolivien und zweite Lesung des Justizetats.

Der Handelsvertrag mit Bolivien wird in dritter Lesung definitiv ohne Debatte angenommen.

Sodann beginnt die zweite Lesung des Justiz-Etats. Abg. **Belzer** (Ztr.) wünscht, daß die Reform des Strafrechts möglichst bald, wenn auch nicht mit Ueberstürzung erfolge. Auch eine Vorlage über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine sei wünschenswert. Als eine besonders dringliche Aufgabe müsse er es erklären, daß in allen Gerichtsinstanzen, bei denen es sich um Sittlichkeitsvergehen handele, die Öffentlichkeit ausgeschlossen werde, und zwar auch die Berichterstattung. Weiter empfehle es sich, daß bei Sittlichkeitsprozessen, im Falle von Freisprechungen, die Staatsanwälte angewiesen werden, von den vorhandenen weiteren Rechtsmitteln Gebrauch zu machen. Redner äußert sich dann noch über eine Reihe vorliegender Initiativanträge.

Abg. **Siege** (kons.) vertritt einen Antrag seiner Partei, der Neuregelung der Gebühren verlangt. Redner stimmt den Ausführungen des Vorredners über die Unzulänglichkeit-Projekte zu.

Abg. **Jund** (nat.) erkennt eine Entlastung des Reichsgerichts als notwendig an, nur dürfe die Einheitlichkeit der Rechtsprechung nicht darunter leiden. Aus dem Gebiete des Zivilrechts müsse eine neue Vorlage noch in dieser Session kommen, mit Rücksicht auf die Berner Konvention. Redner bringt noch weitere Fragen in dieser Beziehung vor und betont, daß das Reichsjustizamt dafür sorgen müsse, daß es bei internationalen Regelungen zur Mitwirkung herangezogen wird.

Staatssekretär **Lisco**: Ein Entwurf zur Entlastung des Reichsgerichts liegt schon dem Bundesrat vor. Ich denke, daß er dem Reichstag bald zugehen kann. Auch eine Vorlage auf Grund der letzten Berner Konvention, wird vielleicht im Frühjahr fertig sein. Die Regelung der Tarifverträge werde ich im Auge behalten. Was die Ausführungen des Abg. **Belzer** bezgl. der Sittlichkeits-Prozesse anlangt, so wäre ich der erste, der damit einverstanden ist, aber es ist doch Sache des betreffenden Gerichts, über den Ausschluß der Öffentlichkeit zu entscheiden. Was die Erhöhung der Zeugen- und Sachverständigen-Gebühren anlangt, so ist schon im preussischen Staatsministerium ein Entwurf ausgearbeitet worden. Was den Fall **Hellstet** betrifft, so handelt es sich darum, daß gegen die Zwangswirkung des Urteils Einspruch erhoben wurde, und in diesem Falle ist der Kompetenzzustand leicht möglich.

Abg. **Dove** (frs.) Bp.) gebietet anerkennend des früheren Staatssekretärs v. Rieberding. Das Reichsjustizamt sollte weitergehende Auffichsrechte haben, damit eine Verschlingung gegen die Verfassung, wie sie der preussische Plan der Schiffsabgaben darstelle, ausgeschlossen ist.

Abg. **Heine** (Soz.) wendet sich gegen die Praktik des Reichsgerichts, daß den Prozessen über kleinere Wertobjekte die Berufung ersichert wird.

Abg. **Bahrenhorst** (Reichsp.) begrüßt den Antrag über die Erhöhung der Zeugengebühren, und verlangt einheitliche Regelung der Haftpflicht der Eisen- und Kleinbahnen jeder Art.

Abg. **Beder** (Ztr.) beklagt daß für Zusammenlegungen kleiner Grundstücken-Parzellen die Gebühren so hoch sind. Einverstanden sei er mit dem Verlangen nach einem einheitlichen Strafprozeßrecht.

Nach weiteren Bemerkungen der Abg. **Dzietz** v. **Woski** (Polen) und **Ablass** (frs. Bp.) schließt die Generaldebatte. Das Gehalt des Staatssekretärs und der Rest des Justizetats wird genehmigt.

Morgen 12 Uhr: Etat des Reichseisenbahnnetzes und des Kolonialamtes. — Schluß 6½ Uhr.

Die Reichstagskommission zur Beratung des portugiesischen Handelsvertrages verschob heute zum zweiten Male die Abstimmung über den Vertrag. Man einigte sich darüber, daß die Reichsregierung am 26. d. M. eine formelle Zusicherung Portugals darüber vorlegen soll, daß die portugiesischen Zölle, auch soweit sie nicht im Vertrag gebunden sind, doch nur auf dem Wege der portugiesischen Staatsgesetzgebung abgeändert werden können. Es wird gegenwärtig angenommen, daß nach Vorlegung einer solchen Note der Handelsvertrag im Reichstag eine Mehrheit finden wird, da dann wohl auch ein Teil der Nationalliberalen dafür stimmen wird.

Mittags 12 Uhr.

Berlin, 21. Jan.

(22. Sitzung.)

Auf der Tagesordnung steht: Zweite Lesung des Reichseisenbahn-Etats und zweite Lesung des Nachtrags-Etats für das Jahr 1909 für die Schutzgebiete.

Zunächst wird der Reichseisenbahn-Etat beraten.

Abg. **Carstens** (frs. Bp.) tritt für Erhöhung der Eisenbahnarbeiter-Löhne ein und rügt den Mißstand der Zeitungs-Zensur bei den Bahnhofsbuchhandlungen.

Abg. **Schwabach** (nat.) tritt namens seiner Freunde für eine Betriebsgemeinschaft aller deutschen Eisenbahnen ein.

Präsident des Reichseisenbahnnetzes **Waderzapp** äußert sich gegenüber den Wünschen des Vorredners entgegenkommend insbesondere auch hinsichtlich einer internationalen Regelung des Gepäckverkehrs.

Abg. **Diez** (Soz.) beschwert sich über die Benachteiligung der mitteldeutschen Kleinstaat durch Preußen.

Präsident **Waderzapp** widerspricht dem Vorredner.

Abg. **Pfeiffer** (Ztr.) stimmt mit dem Abg. **Carstens** darin überein, daß es unbillig ist, politische Zeitungen von dem Bahnhofsbuchhandel auszuschließen und tritt für Ausschließung der Schundliteratur auf den Bahnhöfen ein.

Abg. **Storz** (südd. Bp.) beklagt die Uebermacht Preußens auf Süddeutschland. In Württemberg strebe man daher dahin, daß ein Eisenbahnparlament geschaffen werde.

Abg. **Behrens** (B. Vgg.) vertritt Wünsche von Beamten.

Abg. **Weber** (nl.) führt Beschwerde über die distatorischen Belästigungen bei der Gepäc-Expedition.

Abg. **Vindewald** (B. Vgg.) hält eine Vereinheitlichung unseres Eisenbahnwesens für zweckmäßig.

Abg. **Lehmann-Wiesbaden** (Soz.) tritt für Unterstellung sämtlicher Eisenbahnen unter das Reich ein, wodurch jedenfalls vieles besser werden könnte.

Nach einer Bemerkung des Präsidenten **Waderzapp** über die Sicherheit des Betriebes wird der Etat in zweiter Lesung genehmigt.

Es folgt die Beratung des Kolonial-Nachtrags-Etats für Ostafrika.

Abg. **Semler** (nl.) beantragt namens der Budget-Kommission die Genehmigung der ersten Raturate von 2 Millionen für den Ausbau der Usambara-Bahn und des Hafens von Tanga.

Abg. **Lebebour** (Soz.) kritisiert die Denkschrift und die Ausführungen des Staatssekretärs in der Budget-Kommission. Ueber die Befriedigungsfähigkeit von Ostafrika.

Abg. v. **Arnim** (nl.) tritt für die Forderung des Etats ein.

Abg. v. **Giebert** (Reichsp.) hält die Finanz- und Eisenbahnprojekte des Staatssekretärs für klar und überzeugend.

Abg. **Erzberger** (Ztr.) sagt, die Plantagen-Arbeit sei das richtige Mittel, die Schwarzen allmählich zur Arbeit zu erziehen. Daraus folgere noch nicht, daß sie ausgebeutet werden.

Hierauf wird die Nachtragsforderung für Ostafrika genehmigt.

Nächste Sitzung: Dienstag 1 Uhr. — Tagesordnung: Rest des Kolonial-Nachtrags-Etats und Rechnungslachen. — Schluß 4½ Uhr.

*

Die Wahlprüfungskommission des Reichstages erklärte die Wahl von **Kieze** (Nationalliberal: 2. braunkühnlicher Wahlkreis) gegen vier Stimmen für ungültig. Die Wahl von **Glowatski** (Zentrum; 3. Oppeln) wurde für gültig erklärt.

Die Budgetkommission des Reichstages beschäftigte sich heute zwei Stunden lang mit der Depesche des Bürgermeisters von Lüderichs gegen die Diamanten denkschrift des Kolonialamtes. Bei allen Parteien herrschte volle Einigkeit darüber, daß die Antwort der Depesche gegen Herrn Dernburg sachlich vollkommen ungerichtet ist, in der Form rüpelhaft und beleidigend seien. Auf Antrag des Abg. **Singer** und des Referenten Abg. **Storz** ging die Kommission über die Depesche einstimmig zur Tagesordnung über.



Telegramm!

Sonntag, den 30. Januar,
abends 7 Uhr 61 Minuten.

findet, wie schon bekannt, die dies-
jährige

Marren- Sitzung

mit Tanz

der „Fidelen Weiber“ und Männer“
im Rathhäuser Hof“
statt.

Ein sehr humorvoller und genuß-
reicher Abend wird jedem Besucher in
Aussicht gestellt und um dieses
jedem zu ermöglichen, ist der Eintritt
auf nur 20 Pfg. festgesetzt.

Warum für so wenig Geld
Wo die Leistung ist so groß
Weil wir „Fidele“ gut gestellt
Bei uns fehlt's am Verwichsen blos
Getränk nach belieben, Bier oder Wein
Drum laden wir Alle aufs Höflichste
ein

„Fidelle Männer u. Weiber.“



Bekanntmachung.

Dienstag, den 25. ds. Mts., abends 8 Uhr anfangend,
veranstaltet der hiesige Lokal-Gewerbeverein im Gast-
haus „Rathhäuser-Hof“ einen

Vortragsabend,

wozu alle Mitglieder und Freunde des Vereins höflichst
eingeladen sind.

Tagesordnung:

1. Experimental-Vortrag.
Referent: Physiker Herr H. Kubach-Wiesbaden.
2. Verschiedenes.

NB Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß der
Vortrag höchst lehrreich und interessant wird; unter
vielen andern Experimenten aus dem Gebiete der
Elektrizität gelangen auch drahtlose Telegraphie
und Röntgenstrahlen zur Vorführung.

Der Vorstand.

Man verlange:

GREIF- COGNAC

Aerztlich empfohlen.
Vielfach preisgekrönt. Ausz. gesch.

Unsere Destillate sind in unserer
Brennerei aus gesunden fran-
zösischen und deutschen Weinen
gebrannt.

Erste
Taunus-Cognac-Brennerei
Fritz Scheller Söhne
Homburg v. d. H. Gegründ. 1843
1/2, 1/4 Flaschen in allen
Preislagen
Niederlage bei:
Apotheke Flörsheim.

Wer sich selbst rasiert — Viel Geld profitiert!

Achtung!

1.000.000

junger Leute und Männer
gibt es, die sich gerne selbst
rasieren möchten, um jeder Ge-
fahr wegen Verletzung von
Hautkrankheiten aus dem
Wege zu gehen. — Wir haben
uns deshalb entschlossen, um das Selbstrasieren allgemein zu machen, in den nächsten 3 Monaten
mehrere 1000 Sicherheitsrasiermesser „Mobil“ zu dem erstaunlich billigen Verkaufspreise
von nur 2 Mk. per Stück in feinem Etui mit Goldrand an Jedermann abzugeben. (Bei Vor-
auszahlung des Betrages sind 20 Pfg. für Porto mitzugeben, Nachnahme kostet 20 Pfg. mehr).
Das Messer ist mit Schutzvorrichtung versehen, die ein Schneiden unmöglich macht, wie
garantieren für 5 Jahre Schutzabgabe und nehmen jedes Messer, das nicht gefällt, nach 30 Tagen
retour. — Vollständige Rasierapparate No. 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.
Rasiermesser, Duelle, Kaps, Seife und Seifeboxen, pro Stück 5,75 Mk., Porto extra.
Haupt-Katalog mit ca. 4000 Gegenständen über Solinger Stahlwaren, Haus- und Küchengeräte, Gold-,
Silber- u. Edelmetalle, Uhren, Messer, Musikinstrumente, Spielwaren etc. gratis u. franco an Jedermann.

Marcus & Hammesfahr, Stahlwaren-Fabrik, Wald-Solingen

Cognac Scherer

altbekannte, hervorragend feine Marke;
in allen Preislagen.

Alleinverkauf für Flörsheim

Heinrich Messer,

Untermainstrasse.

Flechten

blühende und trockene Schuppenflechte,
ekroph. Ekzema, Hautausschläge aller Art,
offene Füße

Beinschäden, Beinschwellen, Aderbeine, böse
Finger, alte Wunden sind oft sehr hartnäckig;
wer bisher vergeblich hoffte
geheilt zu werden, mache noch einen Versuch
mit der besten bewährten

Rino-Salbe

frei v. Schadl. Bestandtheil. Dose M. 1,15 u. 2,25.
Dankschreiben geben täglich ein.
Nur echt in Originalpackung weiß-grün-rot
u. Fa. Schuberth & Co., Weinbühl-Dresden.
Fälschungen weisen wir zurück.
Zusammens.: Wachs, Öl, Terpentin je 25,0,
Birkent. 3,0, Eigelb 20,0, Salicyl, Bors. je 1,0.
Zu haben in den Apotheken.

Niederlage: Apotheke zu Flörsheim.

D I E N S T A G

M I T T W O C H

CHRISTIAN MENDEL

KAUFHAUS AM MARKT MAINZ KAUFHAUS AM MARKT.

DIE SICH WÄHREND MEINES INVENTUR-AUSVERKAUFS
ANGESAMMELTEN

RESTE

SPOTTBILLIG!

D O N N E R S T A G

F R E I T A G